

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Annenpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Frühjahrsverbearbeit erfordert die Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen!

Neue Reichstarifvertrag für das Malergewerbe.

In unserm kurzen Vorbericht über die am 11. und fortgesetzten zentralen Tarifverhandlungen im "Maler" gehen wir nunmehr nach der inzwischen von beiden Organisationsvorständen vorgenommenen Formulierung der getroffenen Abmachungen Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen

in Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Parteien diesmal ruhiger als je vorher. Das lag daran, daß man sich bereits bei den letzten Verhandlungen am 3. und 4. Dezember vorigen Jahres so gründlich auseinandergesetzt hatte, daß sich die Organisatoren beiderseits wirklich nichts Neues mehr zu sagen; auch nicht in den entscheidenden Fragen der Ferien, des Lehrlingswesens usw.

Entschlossen sich, zunächst noch einmal ohne Anwesenheit der Parteileitungen in einer Generalversammlung zu erörtern und hierauf durch eine Kommission einen Versuch einer Verständigung zu machen. Bei diesen Besprechungen legten die Arbeitgeber größtes Gewicht darauf, daß verhindert würde, daß die mit ihrer Zustimmung Ueberstunden ohne Entgelt hätten, vielleicht sogar ohne Wissen des Arbeitnehmers, nach Wochen oder Monaten, vielleicht auch nach Jahren, Ansprüche auf die Ueberstunden geltend machen oder hierzu ihre Organisationsorgane, die sie bis dahin getäuscht haben, und daß Sommer durch regelmäßige Vängerarbeit von 1 bis 2 Stunden täglich die vorliegenden Arbeitsmengen ohne Ueberstundenzuschlag zum Ende der kürzeren Arbeitszeit im Winter aufzubringen. Hierzu hatten sie sogar einen neuen Antrag vorgelegt, der noch über ihren bisherigen Antrag hinausging. Natürlich wurde diesem Vorstoß gegen den Tag beziehungsweise gegen die bisher im Reichstarif festgelegte achtundvierzigstündige wöchentliche Arbeitszeit ein glattes Nein entgegengesetzt.

Der mehrstündigen allgemeinen Aussprache der Kommission bereits nach der Mittagspause anwesend; aber auch hier erwies es sich bald, daß eine Verständigung nicht möglich sei und nur der Ausschuss des Schiedsgerichtes blieb, dem allerdings zunächst die Aufgabe der Vermittlung zugewiesen wurde. Fast wider Erwarten, die drei in unserm Vorbericht genannten Herren zu bestimmen, daß sie sich, von ihrer Berufung etwas zu ahnen und ohne Rücksicht auf die geringste Kenntnis zu haben, am kommenden Tag zur Verfügung stellten.

Die kurze, den Kern der Sache herausarbeitende Aussprache der beiden Organisationsvorständen waren sie im Bilde. Nach wiederholten Vermittlungsversuchen im engsten Kreise und mehrfachen Sonderberichten mit Vertretern der einzelnen Parteien wurde vorerst unverbindliche Vorschläge heraus, die nach etwa vierstündigen Bemühungen zu beiderseitigen Vorschlägen verdichteten, denen die Parteien im Schiedsgerichtes mit dem Vorbehalt zustimmten, bis zum 23. März über dessen Annahme oder Ablehnung schlüssig werden könnten. Der hierauf gefällte Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Der bisherige Reichstarifvertrag läuft mit den von den Parteien vereinbarten und den sich aus dem folgenden Bericht ergebenden Änderungen bis zum 15. Februar 1927 ab. Der neue Reichstarifvertrag lautet wie folgt:

erforderlich erscheinen läßt; sie sind, soweit möglich, tags zuvor bekanntzugeben.

2. § 8 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert: "Für die erste Ueberstunde wird ein Zuschlag von 15 %, für jede weitere Ueberstunde ein Zuschlag von 25 % und für Nachtarbeit ein solcher von 50 % gezahlt."

3. § 5 erhält folgenden Absatz 5: "Einsprüche gegen die Unterlagen der Lohnberechnung sind jeweils nur innerhalb 8 Tagen und nur für die letzte Lohnzahlung zulässig. Der Einspruch ist dem Arbeitgeber gegenüber zu erklären. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Lohnnachforderung nicht mehr statthaft."

Den Parteien wird eine Erklärungsfrist bis zum 23. März 1926 gegeben.

gez. Spiegelthal. gez. Wiffell. gez. Dr. Brandt.

Hierdurch ist für das Malergewerbe trotz energischen Drängens der Arbeitgeber auf Arbeitszeitverlängerung die regelmäßige Höchstarbeitszeit, ausschließlich der Pausen, auch weiter auf wöchentlich 48 Stunden reichstariflich festgelegt geblieben. Die Arbeitszeit wird für die einzelnen Arbeitstage örtlich bestimmt, und was darüber hinausgeht, sind Ueberstunden, die besonders zu vergüten sind. Es ist nun Pflicht aller Kollegen, Ueberstunden nur zu leisten, wenn sie nach dem Tarif begründet sind und wenn der festgelegte Zuschlag unbedingt gezahlt wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß uns die Arbeitgeber vorhalten können, gahlreiche Gehilfen drängten sich geradezu nach Ueberstunden, leisteten sie sogar gegen den Willen der Arbeitgeber und verzichteten freiwillig auf den ihnen nach dem Tarif zustehenden Zuschlag. Es muß endlich wieder die frühere tarifliche Ordnung herbeigeführt und die jetzt festgesetzten Bedingungen müssen restlos durchgeführt werden. Gegen kurzfristige, egoistisch veranlagte, widerstrebende Elemente muß mit den unserer Organisation zur Verfügung stehenden Mitteln vorgegangen werden. — Zu Absatz 3 des Schiedsgerichtes sind wir schon stets der Meinung gewesen, daß Einsprüche bei Bezahlung unter Tarif oder sonstigen falschen Berechnungen immer sofort erhoben werden müssen. Wer damit erst heraustritt, wenn er entlassen ist, beweist wenig Sinn für die Notwendigkeit, dem Tarif praktische Geltung zu verschaffen, verdient deshalb auch keinen besonderen Schutz; ganz abgesehen davon, daß die meisten Gewerbergerichte verspätete Ansprüche auch gar nicht geltend lassen.

Im übrigen wird der bisher bestandene Reichstarifvertrag durch folgende Bestimmungen und protokollarisch festgelegte Erklärungen geändert:

Zu § 1 Ziffer 5 die protokollarische Erklärung: "Die Mittagspause soll nach den örtlichen Verhältnissen geregelt und der bei den andern Baugewerben üblichen möglichst angepaßt werden. Sie soll in der Regel mindestens 1 Stunde betragen."

Zu § 2 Ziffer 6 die protokollarische Erklärung: "Gehilfen, die eine vierjährige Lehrzeit beendet haben, erhalten den Tariflohn für Gehilfen unter 20 Jahren."

Zu § 2 Ziffer 10 die protokollarische Erklärung: "Die Gegenleistung ist auf Antrag einer Partei von den Ortsstarifämtern festzustellen."

Im Tarif wird im § 3 in der Ziffer 4 folgender Absatz 4a eingefügt: "Für einzelne Fälle besonderer Arbeitsschwerng, wie Anstriche alter Bahnhöfe, Hallen, Maschinenschuppen, Brücken ohne völlig abgedeckte Schutzgerüste der unteren Fahrbahn, Anstriche von Anlegeleitern, Signal- und elektrischen Leitungsmauten über 8 m Höhe ist ein Zuschlag von 10 % zu zahlen."

Zu § 3 die protokollarische Erklärung: "Alle im § 3 festgesetzten Lohnzuschläge gelten für alle, auch für auswärtige Firmen, die am Orte arbeiten ausführen."

Im Tarif wird im § 5 hinter der Ziffer 1 eingefügt: "Bei der Lohnzahlung ist dem Gehilfen eine Abrechnung vorzulegen, aus der die Abzüge ersichtlich sind."

Im § 7 wird dem zweiten Satz angefügt: "Ebenso ist das empfangene Material pfleglich zu behandeln."

Im § 12 werden eingefügt: hinter "Verbände" die Worte "und deren örtliche Verwaltungen".

Im § 18 wird festgelegt: "Der Tarifvertrag dauert vom 23. März 1926 bis 15. Februar 1927."

In den bisherigen protokollarischen Erklärungen heißt in Zukunft die Ziffer 6: "Zu § 8 Ziffer 5 bis 12: Den örtlichen Verbänden oder den Ortsstarifämtern bleibt es überlassen, abweichende, den örtlichen Verhältnissen mehr angepaßte Vereinbarungen zu treffen."

Alles übrige im Reichstarifvertrag sowohl wie in den protokollarischen Erklärungen bleibt unverändert bestehen.

Außerdem wurde das zur Zeit geltende Lohnabkommen bis zum 15. Februar 1927 verlängert, und zwar mit Einschluß der darin enthaltenen Klausel: "Steigern sich die Tariflöhne in den am Bau beteiligten Gewerben so, daß sie im allgemeinen die Malerlöhne übersteigen, so haben die Arbeitnehmer das Recht, neue Lohnverhandlungen zu beantragen."

Der neue Reichstarifvertrag wird sofort in Druck gegeben und hierauf den Filialen in authentischer Formulierung zugestellt. Dann müssen überall dort, wo die Notwendigkeit besteht, örtliche Verhandlungen über die Festsetzung oder erforderliche Ergänzungen der örtlich zu vereinbarenden Bedingungen aufgenommen werden.

Wenn dieser Bericht in Druck gegeben werden muß, nimmt er zum 22. und 23. März zusammengefasst den Verhandlungsergebnis. Hierüber werden wir im nächsten "Maler" berichten.

Konjunkturbericht vom Monat Februar.

Um einen Ueberblick über die Entwicklung des Geschäftsganges im Malergewerbe zu erlangen, werden jeden Monat eine Anzahl Fragebogen an 45 Filialen unseres Verbandes in allen Teilen Deutschlands hinausgegeben. An der Hand vorgebrachter Fragen sollen die Beschäftigungsverhältnisse in 153 bestimmten Betrieben regelmäßig am letzten Arbeitstag der letzten Woche des Monats erfragt und die Zahl der im Laufe des ganzen Monats erfolgten Einstellungen und Entlassungen festgestellt werden. Da bei der Auswahl der zu beobachtenden Betriebe von vornherein darauf geachtet wurde, nur solide und gut fundierte Unternehmungen verschiedener Größen heranzuziehen, so gewährt uns diese Umfrage ein durchaus zutreffendes Bild der jeweiligen Geschäftslage im Baumaalergewerbe und erlaubt zugleich eine Nachprüfung der Ergebnisse der an demselben Tage vorgenommenen Arbeitslohnzählung. Darüber hinaus läßt sich aber auch eine im wesentlichen zuverlässige Beurteilung der Konjunktur für die nächstfolgenden Wochen herauslesen, da die befragten Betriebe meist am Orte führend sind und daher als sichere Gradmesser für das Gesamtgewerbe gelten dürfen.

Für den Monat Februar sind 135 Fragebogen für ebensolche Betriebe aus 42 Filialen eingelangt worden. Die Zahl der insgesamt Beschäftigten ist von Ende Januar auf 3302 gestiegen, so daß jetzt im Durchschnitt 24,4 Beschäftigte gegen 16,8 im Vormonat auf den einzelnen Betrieb entfallen. Während im Januar von 46 Betrieben 270 Beschäftigte entlassen und nur 274 Personen in 49 Betrieben neu eingestellt wurden, sind im Berichtsmonat in 90 Betrieben 690 Personen eingestellt und nur 158 Beschäftigte in 44 Betrieben zur Entlassung gekommen. Wenn der Geschäftsgang im allgemeinen auch noch recht daniedertracelen hat, so machen sich doch in der stark vermehrten Einstellung neuer Arbeitskräfte Anzeichen einer beginnenden Konjunktur bemerkbar, die einerseits durch die allgemeine Wirtschaftskrise, andererseits aber auch durch die so lange anhaltende schlechte Witterung zurückgehalten worden ist.

Daß die vermehrte Einstellung vorerst nur als eine vorfingende Sicherung für die zu erwartende flottere Geschäftsperiode zu bewerten ist, geht daraus hervor, daß der Beschäftigungsgrad noch ziemlich pessimistisch beurteilt wird. Nur 1,5 % der Betriebe (gegen 0,9 % Ende Januar) mit 1,6 % der Beschäftigten (gegen 1,3 %) bezeichnen den

schäftigungsgrad mit sehr gut, 9 % der Betriebe (gegen 7 %) mit 11,9 % der Beschäftigten (gegen 12,8 %) mit gut, 51,8 % der Betriebe (gegen 33 %) mit 59,7 % der Beschäftigten (gegen 34,2 %) mit befriedigend und 37,7 % der Betriebe (gegen 59,1 %) mit 26,8 % der Beschäftigten (gegen 32,2 %) mit schlecht. Nach diesen Feststellungen ist die Besserung nur unwesentlich, eine Verschiebung hat nur zugunsten der mit „schlecht“ beurteilten zugunsten der „befriedigend“ beschäftigten Betriebe stattgefunden. Das hat seine Ursache vornehmlich in dem gänglichen Fehlen von Winterbauten, die erfahrungsgemäß gerade in diesen Monaten die meiste Arbeitsgelegenheit bringen müßten, da sie in der Regel zum 1. April bezogen werden sollen. Wegen der Vergebung von Renovierungsarbeiten in den Wintermonaten besteht selbst bei den für die Bauarbeiten zuständigen Behörden immer noch ein großes, wenn auch durch nichts berechtigtes Vorurteil, das nicht selten in völliger Verleugnung der wohlverstandenen Berufsinteressen selbst von kurzfristigen Unternehmern noch unterstützt wird. Diese mangelnde Einsicht rächt sich dann gewöhnlich sowohl bei den Auftraggebern wie auch in unserm Berufe. Es ist deshalb eine der dringendsten Aufgaben für die Zukunft unseres Gewerbes, unaufhörlich und zielbewußt alle in Frage kommenden Kreise im Sinne einer vernünftigen Gewerkepolitik aufzuklären.

Eine Konjunktur, wie wir sie in den beiden letztvergangenen Jahren hatten, ist in diesem Jahre nicht zu erwarten. Selbst wenn man mit einem Abflauen der gegenwärtigen Krise rechnet, so dürfte es doch noch längere Zeit dauern, bis sich die Wirtschaftsverhältnisse derart gebessert haben, daß auch das Malergewerbe auf volle Beschäftigung hoffen darf. Eine Voraussetzung dafür ist das Aufleben der allgemeinen Bautätigkeit. Erst wenn genügend neue Wohnungen geschaffen sind, kann ernsthaft an die Beseitigung all der Schäden in den überfüllten Mietwohnungen herangegangen werden. Dann allerdings wird für unseren Beruf auf längere Dauer eine Hochkonjunktur einsehen und wir haben alle Ursache, schon heute dafür einzutreten, daß unsere Organisation den kommenden Aufgaben voll gewachsen ist. Das kann nur der Fall sein, wenn alle Berufszugehörigen unserm Verbands, als der beruflichen Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Arbeitnehmer des Maler- und Lackierergewerbes, zugeführt werden.

Die große Sterbliste „Mietkaserne“.

Von Victor Road.

Sachkenner sind sich darüber einig, daß die Tuberkulose hauptsächlich verbreitet wird durch die Wohnungsnot. Die kürzlich herausgekommene Denkschrift des Reichsministers des Innern zeigt, daß während bei andern Volkskrankheiten ein allmählicher Stillstand oder gar Rückgang der Erkrankungsziiffern erfolgt, Tuberkuloseerkrankungen der Kinder in den Kinderkliniken nicht zurückgegangen sind. Professor Möllers vom Reichsgesundheitsamt berichtet in seiner letzten Veröffentlichung über den Stand der Tuberkulose in Deutschland, daß 1923 in Deutschland über 12 000 Kinder bis zu 15 Jahren an Tuberkulose gestorben sind. Die Tuberkulosesterbefälle insgesamt in Deutschland werden auf jährlich 90 000 bis 100 000 geschätzt. In der Denkschrift werden immer wieder, so von den Kinderkliniken in Kiel, Greifswald, Köln, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., nicht zuletzt in Berlin die Wohnungsüberhältnisse als Ursache der Tuberkulose genannt. Städtische Bezirke in Württemberg, in Oldenburg, im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, Städte wie Straßburg, Alenstein, Stade, Merseburg, Lübeck, Rotterdam berichten über eine deutlich wahrnehmbare Zunahme der Tuberkulose im Jahre 1924. Berlin vor allem meldet die auffallende Häufigkeit eines besonders schweren Verlaufes der Krankheit. Auf eine Umfrage des Reichsgesundheitsamtes und des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wird aus Mittel-, Nord- und Ostdeutschland über eine weitere Ausdehnung der Seuche berichtet. Nach den Ergebnissen der jährlichen Umfrage der Medizinalabteilung des preussischen Gesundheitsministeriums bei den Regie-

rungspräsidenten: wie viele Schulkinder tuberkulös seien, waren dies 1913 83 und 1923 82,7 vom Tausend. Was will es dieser ungeheuerlichen Steigerung gegenüber besagen, daß sich der Tausendjah für 1924 auf 26,7 jezent hat? Nach Professor Möllers sind die Tuberkulosesterbefälle überhaupt von 1913 bis 1918 im ganzen Reichsgebiete außer Ostpreußen und Mecklenburg, um 60,8 %, in den von der Reichsstatistik erfaßten deutschen Orten mit 16 000 und mehr Einwohnern sogar um 91,1 % gestiegen. Zu bedenken ist, daß die neueren Zahlen sich auf eine Bevölkerung beziehen, deren häufigste Elemente ja durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre bereits ausgezehrt waren. Im Bericht des Volkswohlfahrtsministers steht immer wieder die Feststellung, daß vor allem Wohnungs- und Bettentot Tuberkulose verbreite. In Neustettin hatten 63 Tuberkulose, darunter 8 offene, und in Schlawa 45 Tuberkulose kein eigenes Bett. In Wilhelmshagen waren 500 Familien bekannt, wo es an Platz mangelte, genügend Betten aufzustellen. Auch aus Lüneburg wird berichtet, daß in 82 Familien Tuberkulose mit Gesunden in einem Bett zusammenschlafen müssen. Für 158 von diesem Uebelstande betroffene Personen waren insgesamt 78 Betten vorhanden. Aus Soltau wird als üblich berichtet, daß Kinder zu dritt und mehr in einem Bett schlafen müssen. In Köslin hatten von den städtischen Fürsorgestellen bekannten offentuberkulösen Fällen im Jahre 1922 nur 66 % ein eigenes Bett, und ein eigenes Schlafzimmer hatten 1923 in Berlin von den städtischen Fürsorgestellen bekannten offentuberkulösen nur 19 % im Durchschnitt. Der Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Dr. Geim in Berlin, schreibt: „Die unerträgliche Wohnungsnot bedeutet eine um so größere Gefahr hinsichtlich der Tuberkuloseverbreitung, als die Zahl der in den Krankenhäusern untergebrachten Schwertuberkulösen gegen frühere Jahre sehr abgenommen hat.“

Die Städte haben den Zusammenhang der Uebel Tuberkulose und Wohnungsnot erkannt. In den „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“ (1925, 9) lesen wir: Die Stadt Gelsenkirchen hat den Bau von besonderen Fürsorgewohnungen für kinderreiche Familien, in denen Tuberkuloseerkrankungen vorliegen, in Angriff genommen. Die Stadt Grünberg plant den Bau von Wohnungen für Tuberkulose. In Bunsau wurden bis Herbst 1923 3 Häusergruppen mit 28 Wohnungen für kinderreiche Familien Tuberkulöser fertiggestellt. Ebenso haben Bielefeld, Dresden, Karlsruhe, Nürnberg besondere Wohnungen für Tuberkulöse geschaffen. In Chemnitz hat der Verein zur Bekämpfung der Schwindsucht eine Vorstadtsiedlung für lungentranke Kriegsbeschädigte gebaut, ein Reihenhaus mit 11 Wohnungen. Die Thüringische Landesversicherungsanstalt gewährt billige Darlehen zur Errichtung von Wohnungen für Tuberkulöse, wobei zwecks Ausschaltung der Spekulation der Gemeinde ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Das sind fraglos anerkanntswürdige und nachahmenswerte Maßnahmen. Aber wie wenig erscheinen diese Mittelchen, wenn man ihnen die amtlichen Zahlen über den Umfang unserer Wohnungsnot gegenüberstellt.

Man lasse sich nicht täuschen über die Dringlichkeit der Wohnungsfrage durch die vorläufigen Zahlen, die das soeben erschienene Sonderheft 2 des 5. Jahrganges von „Wirtschaft und Statistik“ (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt) über die Volkszählung im Deutschen Reich vom 16. Juli 1925 veröffentlicht. Zahlen über die Haushaltsgröße, wonach sich die Kopfzahl der Haushalte vermindert und die Haushaltungen sich vermehrt hätten. Bei oberflächlicher Beurteilung dieser Zahlen könnte man schließen, die Wohnbedürfnisse in den einzelnen Wohnungen wäre aufgelockert, der Raumverbrauch gewachsen. Gewisse Interessenten berufen sich auch, diese Auffassung zu unterstreichen. Der Sachbearbeiter des Statistischen Reichsamtes selbst weist aber darauf hin, daß die Vermehrung der Haushalte und die Verkleinerung ihrer Kopfzahl — die, nota bene, erst auf Grund der vorläufigen Eichung des Mate-

rials angenommen wird — auch darauf zurückzuführen müßte, daß zusammenwohnende Familien eigenen Haushalt führen, soweit nicht jede Wohnung auch eine eigene Wohnung für sich voraussetzt. Mit kleinen Mitteln, wie den oben erwähnten Wohnungszellen, der fürchterlichsten von Volkseckeln nicht bezuholbaren. In größtem Maßstabe könnte dem Elend fernere Volk im Kern, in seiner Jugend verdrängt. Die Kaserne aber ist wirklich die Kaserne der Bandoneon-Nebel der Welt herausbringen, um sich unter sich zu verbreiten — Kaserne von denen die nur eine ist. In der durch die Buchhandlungsreform, Berlin NW 23, Vestingstraße 11, zu kleinen Schrift „Kulturhande“ (Preis 40 $\frac{1}{2}$) ist, daß die Mietkaserne auch Brutstätte der Geschlechter ist, woran 1923 in Preußen allein 1668 gestorben sind, und die sich jährlich um über ein Million Fälle in der Zivilbevölkerung Deutschlands mehren. Heraus aus der Mietkaserne. Eine Heimstätte im Sinne des Reichsheimstättenkomitees Professor Möllers gibt in der bereits erwähnten Schrift eine Gegenüberstellung von Zahlen über Tuberkulosehäufigkeit in Deutschland und in England. Reihen zeigen, um wieviel weniger als das englische Volk von der Tuberkulose heimgeführt spricht das nicht ganz offensichtlich auch der Tat Deutschland das Land der Mietkaserne und Land des proletarischen Einfamilienhauses ist? 1920 wohnten in deutschen Industriestädten durchschnittlich 30 bis 60 Menschen in einem Hause. Die Wohnung für Berlin auf rund 78 Menschen pro Person selbst in London 8, in Chicago 9, in Philadelphia 10, in Paris nur 38 Bewohner im Durchschnitt. Haus entfallen. Berlin beweist somit der Welt, Schredensklammer eines Soziologischen Museums gedrängte Wohnweise im Mietkaserneheimsystem körperlich und sittlich verdirbt, und es beweist, wenn auch negativ, daß gelockerte Wohnweise in heimstätten ein Volk gesund erhält. Möchten die wortlichen der Boden-, Siedlungs- und Wohnung diese Tatsache endlich gebührend beachten.

Die Bildung von gesunden Familienheimen das arbeitende Volk erzielt das Reichsheimstättenkomitee Seine praktische Durchführung in großem Maßstab aber erst das Reichshöhenreformgesetzlichen, dessen Entwurf der Ständige Beirat für Wohnungswesen beim Reichsarbeitsminister am 23. und 28. revidieren wird. Es wird einen harten Kampf geben, der hauptsächlich geführt wird. Bund Deutscher Bodenreformer. grundsätzliche Abkehr von dem verhängnisvollen kaserneheimsystem und die Herbeiführung gesunder Wohnverhältnisse erstrebt, der unterstützte die deutsche reformbewegung.

Aus unserm Beruf

Dem Jubilar zum Gruß!

Unser Kollege Johann Plum konnte am auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit als Kassierer der Filiale Berlin zum 1. Januar 1901 wählte ihn die Filiale zum Kassierer, aber schon einige Monate später die Filialverwaltung infolge des erfreulichen Aufschwungs der Organisation veranlaßt, den Mitgliedern der Anstellung eines besoldeten Kassierers zu empfangen die Verwaltungsarbeiten nicht mehr, trotz der aller übrigen Vorstandsmitglieder in den Nachfolge ledigt werden konnten. Die Mitgliederversammlung 19. März 1901 erkannte die Gründe der Vermeidung an und wählte von 2 Kandidaten den Plum. Der Wochensohn wurde auf 33 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Seitdem hat unser lieber Kollege Johann Plum im 56. Lebensjahre steht, ununterbrochen antwortungsbolles Amt treu und gewissenhaft

Wirtschaft und Sprache.

Die Sprache ist aus dem Zusammenleben der Menschen heraus geworden. Sie ist ein soziales Produkt. Daraus ergibt sich schon, daß die wirtschaftliche Art des Zusammenlebens der Menschen auch die Entwicklung der Sprache beeinflussen muß. In seinem neuen Buche „Kultur und Sprache im neuen England“ zeigt uns Werner Spiess unter anderem, inwieweit der Wirtschaftskarakter in einem Volke die Sprache beeinflusst. Er läßt uns die wirtschaftliche Beeinflussung der Sprache an der gegenwärtigen Entwicklung des ursprünglich gleichen Englisch in England und Amerika erkennen.

Schon jetzt hat das amerikanische Wirtschaftsleben, diesem Werte zufolge, einen starken Einfluß auf die englische Sprache in Amerika ausgeübt, einen viel stärkeren, als ihn das englische Wirtschaftsleben auf die Sprache ausgeübt hat. Am ausgeprägtesten kommt diese wirtschaftliche Beeinflussung in der Sprache zum Ausdruck. Die Hast des Hochkapitalismus zwingt in der Sprache zum prägnanten und bündigen Ausdruck, wofür Spiess eine ganze Reihe von Belegen bringt.

Der kulturelle Gemeinschaftskarakter der Sprache schwand mehr und mehr vor der praktisch-wirtschaftlichen Bedeutung. Die Sprache ist in Amerika weit mehr als im kapitalistisch noch nicht so weit entwickelten England ein Mittel zum Geldmachen und ein Stück Wirtschaftswert. Das soziale Leben der Sprache tritt zurück, und je mehr sich auch die englische Wirtschaft zum Hochkapitalismus entwickelt, um so mehr muß die englische Sprache darum auch in England den Weg gehen, den sie in Amerika gegangen ist.

Wir brauchen gar nicht so weit zu gehen, um diesen Einfluß des Wirtschaftskarakters auf die Sprache festzustellen. Auch uns ist die Sprache bereits zu lässig geworden. Zeit ist Geld — auch in der Sprache. Aus dem Automobilwahn wurde der Autobus und der wagt bereits — wie in England — dem Bus Platz machen.

Als vor Jahrhunderten noch Kunst dem Zusammenleben in unserm Volke das Gepräge gab, hatte auch die

Sprache noch Kulturcharakter. Sie war innig und feierlich. Nicht die Technik ist es, die der Sprache dieses ihr eigentümliche, sozial-kulturelle Wesen genommen, sondern die Ausnutzung der technischen Entwicklung für die kapitalistische Profitwirtschaft. Das Gehen und Jagen und Sorgen um Erhalten hier und Gewinn dort ist es, das der Sprache das Kräftige, das Bindende genommen hat. Eine neue Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft, die die Welt von der wirtschaftlichen Hast befreit, wird auch der Sprache einen neuen, ruhigeren Ausdruck der Gemeinschaft geben.

Film und Radio.

Der Film ist in den letzten Jahrzehnten eine Macht geworden, durch die sich große Teile des Volkes auf ganz angenehme Art beeinflussen lassen. Besonders sind es große Arbeitermassen, die diesem Einfluß unterliegen. Dabei macht jeder täglich die Erfahrung, daß dieser Einfluß nicht ausgeübt wird, um demokratische, friedensfreundliche oder gar sozialistische Ideen zu propagieren, sondern im Gegenteil, vor wie nach wird der alte Klassenstaat, die Monarchie, der Militarismus verherrlicht, alles Dinge, die das brutische Volk in so unglückliches Elend gestürzt hatten. Welche Widerstände aber sind zu überwinden, wenn es einmal gilt, einen Film mit wirklich proletarischen Tendenzen und Empfindungen „ablaufen“ zu lassen. Tatsache ist, beim Film regiert unumwunden das Privatkapital. Und der Kapitalismus verbreitet natürlich auch durch den Film nur solche Ideen, die ihm dienlich sind.

Wie sieht es nun beim Radio aus? Auch hier stehen wir erst am Anfang einer großen Entwicklung. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Massen der Zuhörer sind hier noch unvergleichlich größer als beim Film. Müßen wir hier nicht aus der Vergangenheit lernen? Vor kurzem hat die UFA in Berlin Gelegenheit genommen, sich des Radios zu bedienen. In den letzten Wochen sprach auf dem Dortmunder Sender der Genosse Dr. Heinz Meyer, Bezirkssekretär des ADGB für Rheinland-Westfalen, über

die Gewerkschaften. Kurz vorher der Genosse Medaure an der „Bergarbeiter-Zeitung“. Aber noch Ausnahmen. Wenn man bedenkt, daß als hier in der Hauptsache der Lohn- und Gehalts in Frage kommt, so hat er als Gestalter des gewerkschaftlichen Kampfes keinen Einfluß auf die Dinge.

Auf der geschäftlichen Seite sehen wir, daß das Spiel des Aktienkapital der westdeutschen Sender sich zu 51 % im Besitz der Handelskammern befindet. Stellen werden natürlich Geist, Inhalt und Sendungsprogramm möglichst ihren Interessen dienlich machen. Da muß die Arbeiterchaft auch ein Wort reden.

Im Zeitalter der Organisation bleibt der feinen Wünschen und Bestrebungen unbeachtet, einheitlich zusammengefasst. Es mag sich Anerkennung und Gehör zu verschaffen müssen sich auch die Radio-Amateure in den einzelnen Zusammenkünften, wie dies schon vielfach geschehen geringen Beitrag spenden man schon durch die die man bei den Zusammenkünften bekommt. Es gabe für unnütze Basteiarbeit bleibt erspart. Nicht die Hauptsache. Ungleich wichtiger ist die Weiterbildung den richtigen Einfluß auf die gesamten Radiowesen ausüben kann. Daß nicht „Riesentop“ erst lange Jahre das Volk den verdrängen hemmungslos preisgegeben wird, Möglichkeit geschaffen wird, die Sender ein entwickeln zu lassen, das auch unsere Ansicht entspricht.

Siner ganz besonderen Kontrolle bedürfen wirtschaftlichen Probleme, soweit sie durch die Sender werden. Auch hier müssen mit Autorität Zentralstellen vorhanden sein, die diese Aufgabe Es geht nicht an, daß sich schließlich jeder gewerkschaftler ausgibt und durch die Sender fängerei betreibt.

benheit der Berliner Kollegen verwaltet und nach zur inneren Festigung der Filiale Berlin beien. Nimm darum, alter Freund, zu Deinem Ehrenkreise der Gratulanten unsere Glückwünsche an. Froh und herzlich in der Hoffnung, daß Du noch Jahre in voller Mäßigkeit auf dem Posten bist.

Wahl. (Jahresbericht.) Ein Jahr eifrigeren und erfolgreicher Organisationsstätigkeit liegt uns. Wenn auch nicht alle Angriffe eines profitierenden Unternehmertums restlos abgewiesen werden, so sind doch auch mehrfach recht beachtenswerte auf wirtschaftlichem Gebiete erreicht worden. Im Gewerbe ist der Stundenlohn von 85 M auf 1,12 M , und rund 82 %, erhöht worden. Mehrfache Differenz der Bezahlung für Ausreicher sind noch nicht endgültig festgelegt, obwohl feststeht, daß in den letzten Jahren die Einheitslöhne gezahlt wurden und bei der gegenwärtigen Praxis die Arbeiter für Maler- und Anstreicher so verschmähen sind, daß eine unterschiedliche Bezahlung durch nichts gerechtfertigt erscheint, wenn die in dem § 2 des N.V. erfüllt ist. Für die Zahlstelle da konnte der Lohn mit Chemnitz gleichgesetzt, für den Frankenber die Spanne zwischen den örtlichen Chemnitzer Löhnen verringert werden. Die Lohn-Aue und Dichtenstein mußten durch Verletzung in ihre Ortsklasse um 2 M zurückbleiben. In Burg- nicht dem Reichsstarifvertrag untersteht, mußten ernehmer durch Kampfmaßnahmen zur Anerkennung niger Lohnes gezwungen werden. In der Indu- wir an dem Streik der Modellstecher und an perrung der Holzarbeiter aktiv beteiligt, die beide nentlichen Erfolge abschlossen. Die starke Wirkung schaftskrise auf die Metallindustrie und das hier gute Organisationsverhältnis sind die Ursachen, beabsichtigten Akkordreduzierungen nicht überall m Erfolg zurückgewiesen werden konnten. Offent- en die beteiligten Arbeiter aus diesen Vorgängen ge Lehre und schloßen sich restlos den ausländigen ationen an. Zu der Frage der Einhaltung der n Arbeitszeit ist sowohl von Unternehmern wie n Gehilfen teilweise viel gefündigt worden, indem hlung der tariflichen Zuschläge Überstunden ver- und geleistet wurden. 19 diesbezügliche Anzeigen von der Aufsichtsbehörde nach genauer Prüfung der als berechtigt anerkannt und im Wiederholungs- einer Verstrafung durch die ordentlichen Gerichte. Der Sacharbeitsnachweis mit seiner partiell- schen Vermittlungspraxis war einigen besonders gestellten Unternehmern ein Dorn im Auge. Ein er Innungsbeschluss verlangte, daß die Vermittlung n Unternehmer erfolgen dürfe. Wie dieser an- Beschluss zustande gekommen sein mag, geht daraus daß dem Innungsübermeister davon nichts bekannt daß das Arbeitsamt auf seine Aufforderung, den innerhalb 10 Tagen einzusenden, bis heute ohne geblieben ist, obwohl die betreffende Innungs- lung schon am 10. November haltgefunden hatte. Bemühungen um Arbeitsbeschaffung für die Winter- ind mit der Innung gemeinsam unternommen und gelnährte Inserate in den Tageszeitungen unter- den. Der Erfolg konnte ziffernmäßig nicht erfasst Die Mitgliederbewegung schließt für das 4. Quartal Mitglieder bei 882 Aufnahmen im Laufe des. Von den Mitgliedern entfallen auf Chemnitz 10, Burgstädt 28, Frankenber 85, Pötha 6, Ge- deher 7, Limbach 15, Wittweida 48, Oederan 18, S. Schwarzenberg 8, Thalhe. m 10, Thum 8 und 15. Das alte Leid einer außerordentlichen n zeigt sich in unserm Berufe immer wieder, en die hohen Zahlen der immer wiederkehrenden nimen unmöglich. Nur eine laufende Kontrolle Arbeitsstellen kann die Infitte beseitigen, daß in Teil Berufsangehöriger an den Erfolgen der n teilnimmt, ohne dazu beizutragen, daß die on die Lage der Berufstätigen weiter verbessern it jeder seine Pflicht, dann werden wir allen der Zukunft gewachsen sein.

Wirt. Betriebsunfall. In der Zahlstelle n erit Ende Februar der Kollege **Mönnau** rbeitsunfall. Er arbeitete auf einer Trittleiter, schte. Da die Verletzungen schwer waren, wurde antenhaus gebracht.

Wahlen. Unsere Jahresgeneralversammlung, die bruar 1926 im Gewerkschaftshause tagte, nahm n Klassen- und Geschäftsbericht vom verfloffenen gegen, worauf sie die Vorstandswahlen und die n Anträge erlegte. Vor Beginn der Verhan- te die Versammlung in üblicher Weise das Ab- res Bezirksleiters des Kollegen **Oskar Müller** Arbeitersekretärs **Wihl**. Dieser, Der Vorsitzende en beiden allzufröh Verstorbenen warme Worte ennung. Bei Feststellung der Anwesenheitsliste sich, daß das Gros der Kollegenchaft vertreten e Filialverwaltung war vollzählig erschienen. Ausführungen des Geschäftsführers ging hervor, em das Ningen um das Dawes-Gutachten beendet unsere Währung standhielt, sämtliche europäischen en gewaltigen Druck auszuhalten hatten, weil chme des Gutachtens die Reparationsfrage aus ch der Machtpolitik geschoben wurde und wirt- Faktoren an ihre Stelle traten. Der gesunkenen des arbeitenden Volkes folgten allgemeine die Abfahrtschwierigkeit der Fertigfabrikate und rdnnd, die Lasten des Krieges wirkten sich in Arbeitslosigkeit aus, obwohl der normale Ver- Konferenz von Locarno und die abgeschlossenen träge mit außerdeutschen Staaten zu den besten berechtigten, nahmen die Reichsregierung und geberorganisationen in Zoll- und Steuerfragen, andelvertragsverhandlungen und in der Lohn- Stellung ein, die von allen Lohn- und Gehalts- n entschieden zu verurteilen ist. Die angewandten n der Reichsregierung reichten nicht dazu, das che Gleichgewicht wieder herzustellen, die erhoffte ng ist nicht eingetreten, das Gegenteil war ber-

Wahl. Man bekämpfte die Anträge der Gewerkschaften auf „Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung“ und lehnte jede Lohnerhöhung ab. Eine weitere Gefahr für die Gesamtheit des Volkes entstand dadurch, daß 8 Milliarden Mark mehr an Einfuhr als Ausfuhr vorausgesehen wurden; darum haben wir als Gewerkschafter alle Ursache, bei politischen Wahlen unser Interesse mehr als bisher zur Geltung zu bringen. Vor allem ist durch praktische Gewerkschaftsarbeit die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, und auf dem Wege der Gemeinshaft muß gegen die heutige unvernünftige Wirtschaftspolitik angekämpft werden. Fördern wir deshalb Verbesserung aller Produktionsbedingungen und Beseitigung aller unsauberen Elemente aus der Wirtschaft, damit die Möglichkeit gegeben ist, die Neubildung des Volks- und Betriebsvermögens auf vernünftiger Grundlage zu fördern. Ganz ohne Reibung sind unsere Lohn- und Tarifverhandlungen nicht verlaufen, weil von den Arbeitgeberern Verschlechterungen der verschiedensten Art durchgedrückt versucht wurde. Bei allen gewerkschaftlichen Kämpfen spielte die bürgerliche Presse eine sonderbare Rolle, indem sie immer wieder versuchte, der Arbeiterschaft vorzurechnen, daß eine allgemeine zehnprozentige Lohnerhöhung 250 Millionen Mark neues Kapital erfordere und eine neue Inflation eintrete; klugerweise verschwiegen man aber, daß 243 1/2 Millionen Mark an Dividenden verteilt worden sind. Leider unterstützt noch ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft eine solche Presse, die jede Gelegenheit benützt, offene Kampfstellung gegen die arbeitende Klasse

Bei einzelnen Klassen kommen Zahlen von über 60 % vor. Welche Gefahren darin für die Krankenversicherung liegen, kann hier nur angedeutet werden. Zunächst müssen die Klassenbeiträge erhöht und unter Umständen die Leistungen abgebaut werden. Das kann zu einer unerträglichen Belastung der Versicherten und der Arbeitgeber führen. Hier muß bringen Abhilfe geschaffen werden. Der Reichsaus- schuß für Ärzte und Krankenkassen hat sich bereits mit diesen Dingen beschäftigt und Vorschläge zur Abhilfe ge- macht. Das allein genügt jedoch nicht, wenn nicht die Ver- sicherten selbst tatkräftig mithelfen. Wer wirklich krank ist, soll natürlich in seinen Rechten nicht beschränkt werden. Nicht jeder aber ist erwerbsunfähig, der sich dafür hält. Versicherte, achtet darauf, schließt Eure Krankenkasse!

Bestreuer der Wirtschaft. Der Arbeitgeberverband für die Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat zum 1. März dieses Jahres die Lohnordnung gekündigt und ver- langte einen Lohnabbau von 10 %. Der neue zu verein- barenbe Lohn soll für den Facharbeiter 68 M , für den Hilfs- arbeiter nur noch 50 M betragen. Nebenher verlangen sie eine außerordentliche Verschlechterung der Urlaubsbestimmun- gen. Würde diese Forderung zur Tat, dann müßte das hoch- industrielle Industriegebiet des Westens mit Pomern und Ostpreußen gleichgestellt werden und käme mit seinem Lohn- niveau unter Mitteldeutschland zu stehen. Die Unternehmer drängen mit allem Nachdruck darauf, daß die Verhandlungen vor dem Schlichter im Reichsarbeitsministerium recht bald stattfinden. Dieses mehr als reaktionäre Vorgehen der west- deutschen Schwerindustrie wird auch das Reichsarbeitsmini- sterium zwinnen, zu diesem Streitfall Stellung zu nehmen. Der Herr Minister wird sich harnachen müssen, daß die Wirtschaft so nicht gerettet werden kann. Auf diese Art und Weise wird sie totlicher zugrunde gerichtet.

An dieser Stelle wollen wir nun auf eins aufmerksam machen. Durch die andauernden Lohn- und Akkordreduzie- rungen im letzten Halbjahr, wie auch durch den riesenhaften Umfang an Entlassungen, Kurzarbeit und Werksturlaubun- gen ist die Arbeiterschaft zum größten Teil geistig deprimiert und körperlich heruntergebracht. Selbst den Unternehmern muß mit graufamer Deutlichkeit klar sein, daß bei den an- gebotenen Löhnen die Erhaltung der allernotwendigsten Ar- beitskraft eine Unmöglichkeit ist.

Schon im Januar 1924 wollte man mit den unzuläng- lichen Löhnen die Wirtschaft anlaufen lassen, um die Er- werbslosen in Arbeit zu bringen. Wie sich dieser Anlauf ausgewirkt hat, das erlebt die deutsche Arbeiterschaft bis heute aufs bitterste. Will man durch einen zweiten verfehlten Ver- such am untauglichen Objekt die Arbeiterschaft dem Wahr- sinn in die Arme treiben? Die Gewerkschaften können schon heute in aller Öffentlichkeit erklären, daß sie nicht in der Lage sind, diesen Explosionsstoff vor dem zündenden Funken zu schützen, wenn die Unternehmer ihr Spiel so weiter- treiben wie bisher.

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten. Die Spanne zwischen den amtlichen Indeziffern für Groß- handelspreise und für Lebenshaltungskosten ist ungewöhn- lich groß. Während die Großhandelspreise in der zweiten Hälfte 1925 weitgehend abgebaut werden konnten, ist bei den Lebenshaltungskosten eine entsprechende Sen- kung nicht eingetreten. Die Großhandelsindeziffer des Statistischen Reichsamts ging von 136,4 im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1925 auf 122,1 im letzten Quartal zurück. Sie stand im Durchschnitt im Januar 1926 auf 120 und sank Mitte Februar weiter auf 118,8. Allerdings er- scheint in dieser Großhandelsindeziffer das zur Zeit billige Getreide mit einem etwas zu großen Gewicht, weshalb andere Großhandelsindeziffern, wie zum Beispiel die der „Frankfurter Zeitung“ erheblich höher stehen. Dies ändert aber nichts an der Beurteilung der Bewegungstendenz der Großhandelspreise im Gegensatz zu den Lebenshaltungs- kosten. Letztere sind seit Oktober des vergangenen Jahres bis Anfang Februar 1926 nur um 2,6 % beziehungsweise ohne Berücksichtigung der Mieten um 3,3 % zurück- gegangen, seit Dezember 1925 um 1 beziehungsweise 1,5 %, und standen Ende Januar 1926 auf der ansehnlichen Höhe von 139,8 beziehungsweise ohne Berücksichtigung der Mieten auf 152,1. Während also die Großhandelspreise erheblich niedriger lagen als im Ausland, stehen die Lebenshaltungs- kosten nahe denen im Ausland, und ihre Höhe ist angelehnt der gesunkenen Einkommen viel drückender als die etwas höheren Lebenshaltungskosten in den westlichen Industrie- staaten. Die Senkung der Großhandelspreise war die Folge der Geldknappheit, hervorgerufen durch mangelnde Aus- landskredite in der zweiten Jahreshälfte 1925 und der noch vorhandenen Kreditrestriktionen. Die Geldknappheit zwang den Großhandel, mit seinen Preisen erheblich herunterzu- gehen. Die Höhe der Lebenshaltungskosten zeigt aber, daß der Kleinhandel diese Bewegung nicht mit- machte — hier wirkte also der Zwang der Geldknappheit nicht in dem Sinne, wie beim Großhandel. Der Einzel- handel empfing Bargeld vom Konsumenten, konnte aber selbst Kredite ausnutzen, und auch sonst scheint der Kon- kurrenzkampf innerhalb des Einzelhandels nicht kräftig genug gewesen zu sein, um zur Senkung der Preise zu führen. Auch waren die schlechten Gewohnheiten der Käufer aus der Inflationszeit schuld an dieser unheilvollen Ent- wicklung. Die Arbeiterschaft mußte die Krediteinschränkung mit Abnahme der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit be- zahlen, ohne daß sie in den gesunkenen Lebenshaltungs- kosten einen Ersatz gefunden hätte. So führte die Politik der Krediteinschränkungen nicht zum Ziel. Jetzt, wo die Einschränkungen fallen gelassen wurden und auch aus- ländische Kredite einströmen, herrscht vorwiegend wegen der Zusammenbrüche im Großhandel eine Vertrauens- krise, welche der Ueberleitung der vorhandenen Kapitalien in die Wirtschaft hinderlich im Wege steht.

Auswirkung der Nationalisierung. Es dürfte nachgerade kein Geheimnis mehr sein, daß die Nationalisierung der Produktion sich sehr ungünstig auf dem Arbeitsmarkt aus- wirken muß. Die Nationalisierung bedeutet Durchorgan- sierung des Produktionsprozesses und stärkere Indienst- stellung der Maschine. Bei beiden Methoden werden Ar- beitskräfte gespart. Ist der deutsche Produktionsapparat

Zu freiligraths 50. Todestag.

(18. März).

Daß Deutschland stark und einig sei,
Das ist auch unser Dürsten!
Doch einig wird es nur, wenn frei,
Und frei nur ohne Fürsten!

London, März 1926.

An die Reaktionäre.

Nur was zerfällt, veriretet ihr!
Seld Kaffen nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig drum, trotz alledem!
Trop alledem und alledem!
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht —
Unser die Welt trotz alledem!

Dau. laort, Juni 1914.

einzunehmen. Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, durch innere Geschlossenheit und Stärke den Unternehmern einen Blod entgegenzusetzen, an dem alle geplanten Ver- schlechterungen abfallen. Der einigermaßen günstigen Konjunktur im Frühjahr 1926 folgte leider schon recht früh eine ungeahnte Arbeitslosigkeit im September; große Summen wurden an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt und zwei Drittel unserer Kollegen waren monatelang dem Glend überliefert; der Ruf nach Arbeit erscholl immer lauter, die Unzufriedenheit steigerte sich mit jedem Tage mehr, eingeführte Kurzarbeit in den industriellen Betrieben kam noch hinzu, so daß der Höhepunkt der Krise erreicht schien. Notstandsarbeiten aller Art mußten eingerichtet werden, um die hungernde Masse über Wasser zu halten. Bei all diesen Erscheinungen, die nicht ohne Spuren über das ge- samte Gewerkschaftsleben hinweggrausen, hatten wir doch einen Zugang von 237 Kollegen zu verzeichnen, dem ein Ab- gang von 78 gegenüberstand. Die Zahl der organisierten Kollegen betrug am Jahreschluss 1061, ein Zeichen der Gefundung unserer Organisation; die rege Tätigkeit der Filialverwaltung findet durch diese Zahlen ihren Ausdruck, die aber mit Anspannung aller verfügbaren Kräfte noch bedeutend erweitert werden können. Die Klassenverhält- nisse sowie die Beitragsleistungen sind günstig zu nennen, weil sich laut vorliegender Abrechnung das Gesamtvermögen verdoppelt hat. Die anschließende sachliche und ernste Aus- sprache bewies allgemeine Befriedigung; von allen Rednern wurde zur eifrigen Mitarbeit aufgefordert, um das ge- schaffene Werk noch fester zusammenzufügen. Die Filial- verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt; dem Wunsche der Zahlstelle Dogheim wurde Rechnung getragen insofern, daß die gesamte Verwaltung um einen Sitz erweitert wurde. Die vorliegenden Anträge wurden der Filialverwaltung zur weiteren Bearbeitung überwiesen. Mit einem Appell des Vorsitzenden an alle Anwesenden, sich der Pflicht eines republikanischen Staatsbürgers in der Zeit vom 4. bis 17. März bewußt zu sein und zu handeln, wurde die sehr anregende Versammlung gegen 1 Uhr geschlossen.

Sozialpolitisches

Steigende Krankenziffern bei den Krankenkassen. Vor dem Kriege konnten die Krankenkassen mit einem durch- schnittlichen Krankenstand von 2 bis 3 % rechnen, das heißt von je 100 Klassenmitgliedern waren 2 bis 3 erwerbsunfähig krank. Dies Verhältnis hat sich nach dem Kriege wesentlich verschlechtert. Nach den Veröffentlichungen der Reichs- arbeitsverwaltung betrug der Krankenstand zum Beispiel 1921 3,50 %, 1922 3,55 %, 1923 2,80 %, 1924 3,54 %. Es liegt auf der Hand, daß die dadurch entstehende Mehr- belastung auch zu einer Erhöhung der Klassenbeiträge führte. Sie wäre erträglich, wenn der Krankenstand nun nicht noch weiter steigen würde. Leider ist das Gegenteil zu berichten. Nach der Monatsstatistik des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen war am 1. Januar 1926 bereits ein Stand von 5,08 % erreicht. Inzwischen ist eine weitere Steigerung eingetreten; amtlich rechnet man mit einer Zahl von 7 %.

vollständig auf der Höhe, dann werden wir fürs erste mit einer laufenden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Wie die Nationalisierung im Vergleiche gewirkt hat, ist bekannt. Die Belegschaft konnte im Vorjahre im Ruhrgebiet von 456 157 im Januar auf 389 812 im Dezember vermindert werden. Dabei blieb die Förderleistung fast dieselbe. Neben der Wirkung der Nationalisierung in der Eisenindustrie lesen wir im Märzbericht der Diskonto-Gesellschaft folgendes: „Für den Kohlenbergbau läßt sich nachweisen, daß die Belegschaftsziffern weit stärker zurückgegangen sind als die Fördermengen. Auch in der Eisenindustrie ist eine gewisse Besserung in der gleichen Richtung festzustellen. Nach den Berichten des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug in der Rohstahlgewinnung die durchschnittliche Tagesleistung je Arbeiter im August 1925 1280 Tonnen, im Dezember 1925 1201 Tonnen, im Januar 1926 1303 Tonnen. Für die Fertigindustrie steht das einschlägige Material nicht zur Verfügung. Gerade bei ihnen hat aber die Entwicklung bereits zu dem Ergebnis geführt, daß der Arbeitsmarkt nicht nur unter dem Druck der relativen Ueberverföhrung mit Arbeitskräften steht, sondern außerdem auch gegenwärtig stark unter den Folgen der technischen und organisatorischen Nationalisierung leidet.“

Baugewerbliches

Zur Belegung des Baumarktes wird das Reich einen Zwischenkredit in Höhe von 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Der Kredit soll zur Beschaffung erster Hypotheken verwendet werden. In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß die Pfandbriefanstalten hoffen, insgesamt 300 bis 350 Millionen zwecks Gewährung erster Hypotheken aufzubringen. Eine gleich hohe Summe ist durch Zurverfügungstellung der Sparkassen, Versicherungsaustalten und der Kreditanstalten zu erwarten.

Vom Ausland

Bern. Die Gruppe der Maler und Gipsler im Schweizer Bau- und Holzarbeiterverband konnte nach langen Verhandlungen im verlossenen Geschäftsjahre den Tarif bis zum 15. März 1926 verlängern mit einer Stundenlohnhöhung von 5 Rappen. Die Forderung auf Ferien wurde noch einmal zurückgestellt. Am 15. Dezember fand hier wegen der Ratifizierung des Genfer Abkommens durch die Schweiz in Sachen des Bleiweißverbotes unter dem Vorsitz des Direktors des Eidgenössischen Arbeitsamts eine Konferenz der beteiligten Verbände statt. Der Standpunkt der Meister wich stark von dem der Arbeiterschaft ab. Die Meister wollten auch bei Innenarbeiten nicht ohne Bleiweiß auskommen können, wogegen die Vertreter der Arbeiter schon aus gesundheitlichen Rücksichten für ein Verbot des Bleiweißes eintraten.

Die Arbeitsgelegenheit im verlossenen Jahre war für unsern Beruf befriedigend; immerhin dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas grösser sein. Die vielen Zugereisten aus andern Ortschaften und Kantonen können der hiesigen Arbeiterschaft die beste Konjunktur verdienen, wenn wir nicht auch hier eingreifen. Als Abschluss des Jahres wurde von den hiesigen Nichtverbandsmeistern ein zweiter Meisterverband gegründet, der den Zweck haben soll, die Interessen der kleinen Meister zu wahren. — Unsere Gruppe erledigte ihre laufenden Geschäfte in 40 Vorstandssitzungen, 10 allgemeinen Mitgliederversammlungen und einer ausserordentlichen Generalversammlung.

Frankreich. Einen Gesetzentwurf über jährlichen bezahlten Urlaub für die Arbeiter hat der Arbeitsminister der Kammer vorgelegt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, dass den Staats- und Kommunalangestellten durch gesetzliche Bestimmungen ein jährlicher Urlaub gesichert ist. Die Angestelltengruppen in den Privatbetrieben haben ebenfalls in ihrer grossen Mehrheit auf Grund besonderer Verträge jährlich einen bezahlten Urlaub. Auch für die Arbeiter ergibt sich die Notwendigkeit, sich ausser der täglichen Freizeit und der Sonntagsruhe zu erholen, zur Förderung und Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit. Aus diesen Gründen muss auch den Arbeitern, ebenso wie den Staats- und Privatangestellten ein jährlicher Urlaub gewährt werden.

Der Entwurf sieht nach einjähriger Betriebsangehörigkeit mindestens 8 Kalendertage Ferien vor, nach 2 Jahren mindestens 15 Tage. Die Feriendauer wird erhöht bei gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeiten sowie für die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren. Die Ferien sind ansdingbar.

Berichtliches

Arbeiter-Eperanto-Kongress. Während der Osterferien, vom 2. bis 5. April dieses Jahres, findet in Stuttgart der 6. Bundeskongress des Arbeiter-Eperanto-Bundes für das deutsche Sprachgebiet statt. Zur Unterstützung bedürftiger Delegierter stellt die Stadt Stuttgart bereitwillig 100 M zur Verfügung. — Dieser Bundeskongress hat nichts gemein mit dem Kongress der bürgerlichen Eperantisten, der während der Pfingstferien in München stattfindet. Für die Arbeiter-Eperantisten ist Eperanto kein pazifistisches Mittel zur Verhinderung der bestehenden Klassengegenstände, sondern ein Mittel des Klassenkampfes. Der Bundeskongress wird besonders dazu Stellung zu nehmen haben, wie die proletarische Eperantobewegung in Zukunft dem proletarischen Klassenkampf noch mehr dienlich gemacht werden soll, als es bis jetzt bereits der Fall gewesen ist.

Das Armenrecht der Fürstin. Daß die „blaublütige“ Gesellschaft und die „von Gottes Gnaden“ in ihren Anträgen an das Volk ganz unerschämte sind, haben wir in

den letzten Monaten zur Genüge kennengelernt. Aber damit ist es noch nicht getan; jetzt verlangt sogar der Vertreter der Fürstinwitwe Anna Luise von Schwarzburg für seine Auftraggeberin in einer Klage gegen den thüringischen Staat auch noch das Armenrecht. Die liebe Landesmutter verlangt nicht weniger als 46 000 Heller an Grund und Boden. Da die Gesamtfläche des ehemaligen Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen nur 80 219 Heller betrug, will die raffigiertere Dame bloß etwas mehr als die Hälfte des Ländchens als ihr „Privateigentum“ erklärt wissen. So etwas kann nur in der Republik Deutschland mit seinem modernen Mäubrittertum passieren.

Fachtechnisches

Fünf Wettbewerbe zur Belegung des Kunsthandwerklichen Schaffens im Malergewerbe

hat der Gau Norddeutschland (Sitz Hamburg) des Reichsbundes für das Deutsche Malergewerbe“ ausgeschrieben. Die Preisaußschreiben richten sich in erster Linie an die Arbeitgeber, die Mitglieder des Gaubverbandes sind, doch können sich auch Gehilfen beteiligen, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie in einer Verbandswerkstatt beschäftigt sind.

I. Wettbewerb für farbige Architektur. Verlangt wird ein farbiges Schaubild vom Marktplatz in Wismar, und zwar in einem Perspektivanschnitt nach vorliegender Zeichnung; die farbige Behandlung einer bestimmten Häusergruppe in Frontalansicht und ein Grundriß des ganzen Marktplatzes, der durch Eintragung der Hauptfarben die farbige Gestaltung des Platzes erkennen läßt. Die 8 Blatt Zeichnungen können gegen vorherige Einfindung von 5 M postfrei von der Kanzlei des Reichsbundes, Hamburg, Holstenwall 12, Zimmer 19, bezogen werden. Es sind aufgesetzt: ein 1. Preis von 700 M, zwei 2. Preise von je 350 M und drei 3. Preise von je 200 M.

II. Wettbewerb für farbige Raumkunst. Verlangt wird das farbige Schaubild eines Raumes mit Durchblick in einen zweiten Raum nach vorliegender perspektivischer Zeichnung, ein kleiner Grundriß mit Angabe der Platzierung der Möbel, ein Ausschnitt aus dem Schaubild mit der Malerei in natürlicher Größe und eine ausführliche Erläuterung mit Kostenanschlag. Die Behandlung des Raumes und seine Zweckbestimmung als Herren-, Wohn-, Schlaf- oder Kinderzimmer ist in das Belieben des Bewerbers gestellt. Die Zeichnung und die näheren Bestimmungen sind ebenfalls von der Kanzlei des Reichsbundes in Hamburg gegen vorherige Einfindung von 3 M zu beziehen. An Preisen sind vorgesehen: ein 1. Preis von 700 M, zwei 2. Preise von je 350 M und drei 3. Preise von je 200 M.

III a. Wettbewerb für Möbelbemalung. Kleinstmöbel sind im ganzen, von Großmöbeln sind Teile in feiner, geschmackvoller Bemalung ausgeführt, spätestens bis 15. Mai an Herrn Malermeister B. Gildebrandt in Wismar, Süßestr. 74, einzusenden. Ausgeworfen sind ein 1. Preis von 500 M, ein 2. Preis von 250 M und zwei 3. Preise von je 125 M.

III b. Wettbewerb für Möbellektierung. Möbel- oder Möbelteile sind in technisch vollkommener Lackierung zu liefern. Im übrigen gelten dieselben Bestimmungen wie bei III a. An Preisen sind aufgesetzt: ein 1. Preis von 300 M, ein 2. Preis von 150 M und zwei 3. Preise von je 100 M.

IV. Wettbewerb für Schrift- und Schilbermalerei. Verlangt wird ein vollständiges Alphabet in großen und kleinen Buchstaben und Zahlen, ein Schild oder Plakat mit der Aufschrift: Reichsbund des Deutschen Malergewerbes usw. Blattgröße in beiden Fällen 60 x 80 cm. Aufgesetzt sind ein 1. Preis von 400 M, zwei 2. Preise von je 200 M und zwei 3. Preise von je 100 M.

V. Wettbewerb für ein Meistergedenkbild. Zweck ist die Erlangung von künstlerischen Entwürfen zu einer Ehrenurkunde für die Mitglieder des Gaubverbandes. Blattgröße, Hochformat 40 x 52 cm, Bildgröße 24 x 36 cm mit vorgezeichnetem Text. An Preisen sind aufgesetzt: ein 1. Preis von 1200 M, ein 2. Preis von 600 M und ein 3. Preis von 200 M.

Wegen den allgemeinen Bestimmungen mögen sich Bewerbungsstücke an die Kanzlei des Gaubverbandes, Hamburg, Holstenwall 12, Zimmer 19, wenden. Als Einfindungstermin ist mit Ausnahme der Wettbewerbe III a und b der 30. April vorgegeben.

Literarisches

Wilhelm Liebknecht und Ferdinand Freiligrath. Am 18. März war der 50. Todestag Ferdinand Freiligraths, des Dichters des deutschen Proletariats. Am 29. März ist der 100. Geburtstag Wilhelm Liebknechts, der sich selbst als „Soldaten der Revolution“ bezeichnete. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit zwei neue Hefte herausbringt, die das wesentlichste Material über das Leben und die Tätigkeit Liebknechts und Freiligraths aus der Feder von Paul Kampffmeier und Heinrich Schulz enthalten. Die Hefte sind zum Preise von je 25 M (einschließlich Porto) vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, sowie in jeder Buchhandlung erhältlich.

„Die Bücherwarte.“ Das Märzheft der neuen, vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebenen Zeitschrift „Die Bücherwarte“ bringt u. a. eine detaillierte ausgearbeitete Vortragsdisposition von A. Saterms über die „Wirtschaftskrise und ihre Ursachen“, die sicherlich allen in der praktischen Arbeit stehenden Genossen willkommen sein wird. Nicht minder wichtig erscheint die im selben Heft der „Arbeiterbildung“ veröffentlichte „Einführung in die neuere deutsche Geschichte“ von Erwin Marxquardt, die als gute Grundlage für kleine Arbeitsgemeinschaften, aber auch als Anleitung zur Selbstbildung dienen kann. Der umfangreiche Einleitungsartikel von Max Quard über die „Deutsche Arbeiterbewegung“ gibt eine geistreiche Uebersicht der älteren und neueren Literatur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zugleich aber auch eine lebendige Schilderung der Entwicklungstufen der deutschen Bewegung. Aus dem weiteren reichhaltigen Inhalt des Märzheftes seien noch genannt die Artikel von A. Stein: „Bildungsarbeit und Arbeiterbewegung“, G. Sietow: „Der Sprecher, ein proletarisches Anklamittel“, und A. H. Döcker: „Der Film als Bildungs- und Propagandamittel“, die die aktuellsten Fragen der Kultur- und Bildungsarbeit erörtern. Die Zeitschriftenkassan in der Märznummer konzentriert sich hauptsächlich auf Fragen der Ausbevolkung, während in den bisherigen

Nummern — aktuelle politische Themen behandelt werden. In unsern Lesern nochmals ausdrücklich auf diese nützlichen und reichhaltigen Zeitschriften aufmerksam, die allen in der praktischen Arbeit stehenden, wie auch in ihrer Selbstbildung an den Genossen wertvolle Anregungen gibt. Die Zeitschriften durch die Post oder durch die Parteibuchhandlungen zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr bezogen werden. Bestellungen und Probenummern neuer der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit gern zur Verfügung.

„Jugendführer.“ Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Nummer 3, März 1926. In. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In dieser Nummer wird im Zusammenhang mit allgemeinen Jugendausforderungen die Frage des „Kampfbüchlers“ für die Mädchen und die der „Erdbüchler“ für die gesamte Jugend zur gründlichen Erörterung gestellt. Ferner enthält das Heft Abhandlungen die Stellung der Jugend in der Gesellschaft, Berufsberatung im Bildungsweesen, organisatorische Fragen sowie Berichte über praktische Arbeit.

„Kulturierte Reichsbannerzeitung.“ Jede Nummer empfehlenswerten Bodenschrift bringt reiches Bildermaterial und gute Beiträge. Die Einzelnummer der „Kulturierten Reichsbannerzeitung“ kostet 20 M und ist durch alle Reichsbannergruppen, durch jede Volkshaus- und Buchhandlung zu beziehen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische in Stadt und Land, ist für jede in der Kommunalpolitik Person eine unentbehrliche Zeitschrift. Sie kann durch Anfordern und Buchhandlungen oder vom Verlag J. S. W. Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zum Preis von monatlich bezogen werden.

„Nachen links.“ Dies neue republikanische Wochenblatt ist wöchentlich. Jede Nummer kostet 20 M und ist durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen oder direkt vom Verlag J. S. W. Nachf., Berlin SW. 68.

Ein Kottel der Bildhauerskulptur. Verlag: Der Kunstverlag, Berlin SW. 11. Die Schrift weist nach, daß die Bildhauerskulptur in den verschiedensten Stufen der Entwicklung und erreicht daher alle ständischen Stufen, ungedachten Zustand schließlich zu befechtigen.

„Zylographische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Bildhauersbundes der deutschen Buchdrucker. Im 23. Jahrgang des hochschönen, prächtig ausgestatteten, vom künstlerischen Standpunkt aus geleitete Zeitschrift der Buchdruckerzunft ist ein ehrenreiches Zeugnis für die Tätigkeit des Bildhauersbundes, der seine vornehmste Aufgabe in der Fortbildung der Bildhauerskulptur erblickt.

„Fachblatt für Holzarbeiter.“ „Kulturierte Monatshefte“ fachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung der arbeitenden Berufe. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin SW. 16, Am Königsplatz Nr. 2. Preis für das Vierteljahr 1,50 M.

„Verband der Buchdrucker.“ Protokoll der Verhandlung 15. Verbandstages in Hamburg. Selbstverlag.

„Die Buchhandlung Volkstimme.“ In Hamburg hat sieben nachstehende drei empfehlenswerte herausgegeben:

„Edules Mensurium.“ von Dr. G. Köhlin. (14 freie Lehrblätter, 48 Seiten. 60 M. Der Verfasser ist der freireligiösen Bewegung im Bezirk Magdeburg-Altstadt. Der gute Schriftführer und Berichterstatter. Von: Hebelholz, 56 Seiten. 60 M. Anschaulich schildert der Verfasser die Tätigkeit eines Schriftführers in Vereinen des Reichsbundes für die Zeitung. Den Schriftführern unsern Willen kann die Broschüre ganz besonders empfohlen werden.

„Vorbeugen, nicht abtreiben!“ Von Lulze Otto. 36 Seiten.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. März starb der Kollege Friedrich geboren 1. August 1860 in Lilleda.

Dresden. Am 17. März starb an Lungenerkrankung langjähriges Mitglied Max Siefert im Alter von 57 Jahren.

Frankfurt a. Main. (Zahlstelle Offenbach a. M.) Am 18. März starb unser Kollege und Mitbegründer Rempf im Alter von 52 Jahren nach langem Magenleiden. — (Zahlstelle Bichhofshem.) Am 14. März starb nach längerer Krankheit unser treuer Kollege Hard Keller im Alter von 85 Jahren. — (Zahlstelle Lindenholzhäuser.) Am 10. Januar starb unser Kollege Georg Silfrich, 21 Jahre alt.

Hamburg. Am 27. Februar ist unser langjähriges Mitglied August Kahle, 63 Jahre alt, bei einer Darmabgekrüzt und gleich darauf gestorben. — (Zahlstelle) Im Alter von 55 Jahren alt, Mitglied seit 13 Jahren ist nach monatelangen Leiden am 8. März gestorben.

Konstanz. Am 12. März starb im Alter von 83 Jahren Kollege Heinrich Schick an einem Lungenerkrankung.

Leipzig. Am 13. März starb unser treuer Kollege Kramer, geboren am 2. Dezember 1877 in Mainz.

Mainz. Am 12. März starb unser treues Mitglied Schue, Ladiere, im Alter von 57 Jahren.

München. Am 1. Februar starb der Kollege Josef im Alter von 23 Jahren. — Am 4. Februar starb Kollege Emil Frillion im Alter von 18 Jahren.

Wiesbaden. Am 24. Februar starb an Lungenerkrankung unser treuer Kollege Christian Gades, am 22. August 1879 zu Niedelbach.

Ohre ihrem Andenken!

Vom 21. bis 27. März ist die 12. Beitragsperiode.

Bekanntmachung

Einbanddecken

zum 1. Jahrgang des „Fachblatt der Maler“

Die bereits vor längerer Zeit in Aussicht gestellten Einbanddecken für den 1. Jahrgang des „Fachblatt der Maler“ sind fertiggestellt.

Die Decken sind in bester Ausstattung und dauerndem Material (Ganzleinen) angefertigt. Sie sind außer dem Inhaltsverzeichnis und einer Tafel versehen mit den farbigen Beilagen. Wir geben die Decken zum ab zum Selbstkostenpreis und Porto von insgesamt 18 M.

Der gebundene Jahrgang einschließlich sämtlicher Beilagen und Vorlagen komplett 18 M. Bestellungen erbeten an den Verlag des „Fachblatt der Maler“, Hamburg, Rönnebergstr. 10.